

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchent-
lich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pfg.
vierteljährlich 1,35 M., einschließl.
Frägerlohn. In den Abbestellen
monatlich 40 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,25 M.,
ausschließlich Bestellgeld. Einzel-
nummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Die gewöhnliche Zeile 30 Pfg.
für auswärtig 35 Pfg., die 2 ge-
wöhnliche Anzeigenzeile 1 M. Ar-
beitsmarkt und Wohnungsanzeigen
10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestim-
mung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 24

Danzig, Sonnabend den 15. Juni 1918

9. Jahrgang

Ein Schlag ins Gesicht

Das Preussische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die 4. Lesung der Wahlrechtsvorlage vorgenommen und es dabei fertig gebracht, nicht nur das Mehrstimmenrecht nach dem fau-
falsen Antrag der Verschwörer gegen das gleiche Wahlrecht in das Gesetz einzufügen, sondern auch noch weitere sehr erhebliche Verschlechterungen herbeizuführen. Die Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts wurde natürlich abgelehnt, aber die Mehrheit glaubte, die Herausforderung soweit treiben zu dürfen, daß sie sogar die Gewährung einer Zusatzstimme an alle Kriegsteilnehmer ablehnte. Die Regierung erklärte durch den Minister Drees das übliche Kompromiß für unannehmbar, aber da sie das Haus doch nicht auflösen entschlossen ist, kennt der Uebermut der Reaktionäre keine Grenzen mehr.

Sie provozieren das Volk.

In namentlicher Abstimmung haben sie wiederum die Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit dem gleichen Wahlrecht mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt, und zwar die beiden konservativen Parteien ein Teil des Zentrums und ein Teil der Nationalliberalen. Den Kompromißantrag Lohmann aber nahmen sie mit 255 gegen 154 Stimmen an.

Der „Berständigungsantrag“ aller offenen und versteckten Wahlrechtsfeinde hat die große Mehrheit des Dreiklassenhauses gefunden. Er erstrebt bekanntlich ein Wahlrecht mit zwei Pluralstimmen, die eine für Alter, die andere für irgendwelche sonstige Vorzüge. Ursprünglich haben die Konservativen diesen Antrag abgelehnt. Jetzt hatten ihnen die Lohmänner zugestanden, zur Voraussetzung der Wahlfähigkeit zweijährige statt einjährige Anwartschaft zu machen und statt einer Zweidrittelmehrheit für künftige Verfassungsreformen eine Dreiviertelmehrheit zu fordern. Auch das Zentrum hatte ursprünglich

abgelehnt. Ihm hatten die Lohmänner jetzt angeboten, mit einzutreten für die verfassungsmäßige Verbürgung der Staatszuschüsse an die Kirche und der konfessionellen Volksschule. Daraufhin sind die Konservativen sämtlich und vom Zentrum ein erheblicher Teil auf den Boden des Lohmannschen Wahlrechtsunsinns getreten.

In dieser Art wurde der scheußliche Wechselbalg geboren, den das Preussische Abgeordnetenhaus zur Welt befördert hat. Es ist das unsinnigste, das arbeitende Volk am schwersten beleidigende Wahlrecht.

Um wählen zu können, soll man in Zukunft zwei Jahre im Wahlkreis wohnen müssen. Wer also von Danzig nach Ohra verzieht verliert sein Wahlrecht. Das in einer Zeit, in der Krieg und Uebergangswirtschaft die Menschen durcheinanderwirbeln wie nie zuvor. Als ob es den Opfern des Mietwuchers Spaß machte, keine richtige Heimat zu haben! Als ob man sie zur Strafe für dieses Unglück noch entrechteten müßte!

Und dann die Zusatzstimmen! Die Altersstimme strafft die Arbeiterklasse für die sozialen Verhältnisse, in denen sie lebt und die einem hohen Prozentsatz den frühen Tod bringen. Eine weitere Zusatzstimme sollen erhalten alle wirtschaftlich Selbständigen und leitenden Betriebsbeamten nach einem Jahre, alle Ehrenbeamten nach zehn Jahren, alle Angestellten, Aufseher, Vorarbeiter und Kottenführer, die regelmäßig die Aufsicht über mindestens 5 Arbeiter haben, ebenfalls nach 5 Jahren. Mit anderen Worten: jeder Preuze, der nicht Arbeiter ist. Es ist ein unmittelbares Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse, das in dem neuen Antrag Lohmann-Heydebrand enthalten ist. Und ein Ausnahmegesetz gegen die Kriegsteilnehmer. Die Alten sind zu Hause geblieben und erhalten dafür

eine Vorzugsstimme; die Jungen haben im Felde geblutet und werden dafür entrechtet. So sieht das dankbare Vaterland bei Lohmann und Heydebrand aus.

Dieses infame

„Wahlrecht der Lächtigen“

Wie es seine Urheber taufen, ist wohl ausgeschlossen. „Wär der Gedanke nicht verflucht gewesen, man wär verflucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“ Vielleicht ahnt man doch, daß Krone und Regierung auf diese Niedertracht nicht eingehen können, weil sie nicht moralischen Selbstmord verüben wollen, und daß also der Wahlkampf bevorsteht. Und in diesem will die Reaktion alle Angestellten, Vorarbeiter, Krämer, Beamten usw. mit der ihnen versprochenen Zusatzstimme locken; sie will eine Einheitsfront aller Bevölkerungsschichten

gegen die Arbeiterklasse herbeiführen.

Das Volk wird und kann ihnen nicht auf diesen Beimischen. Die politischen Urheber dieses Manes müssen die ersten sein, die unter dem Uebermaß seiner Volksfeindschaft zusammenbrechen. Schon hat Herr Lohmann die national-liberale Fraktion gesprengt. Die Mehrheit hat ihn gezwungen, den Vorsitz der Fraktion niederzulegen. Und auch im Zentrum gärt es. Auch die Zentrumsarbeiter werden in hellen Scharen der Partei den Rücken kehren, wenn diese das Spiel der Januschaer mitmacht.

Die Wahlrechtsfeinde haben wieder gesiegt. Bis zur fünften Lesung am 3. Juli werden sie neue Umschlüsse austüfteln. Das Volk muß auf der Wacht sein, entschlossen, das ehrliche gleiche Wahlrecht unter allen Umständen zu erringen.

Deutsche und englische Kriegsfinanzpolitik

Von Wilhelm Reil, M. b. R.

Die bürgerlichen Parteien des Reichstags sind entschlossen, die Verbrauchssteuern, die der Bundesrat beantragt hat, im wesentlichen nach den Regierungsvorschlägen zu genehmigen. Daß die Ausnahmeherrschaft für das Spiritusmonopol noch auf schwachen Füßen steht, daß man sich über den Ausbau der Umsatzsteuer noch nicht recht im Klaren ist, daß noch darüber gestritten werden wird, ob die Weinsteuern 10, 15 oder 20 Prozent betragen soll, hat für die grundsätzliche Stellung der bürgerlichen Parteien zu diesen Steuervorschlägen wenig zu befragen. Sie sind sich einig darüber, daß auf jeden Fall die Summen, die das Reichschahamt auf Grund seiner Entwürfe zufällig errechnet hat, aus den einzelnen Steuerobjekten herausgeholt werden „müssen“. Nicht einmal die harmlose Limonade wird verschont bleiben, denn das Alkoholkapital, das im Reichstag einen starken Einfluß hat, duldet keine Begünstigung der Mäßigkeitsbewegung.

Die große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Gesamtantrag der neu vorgeschlagenen Verbrauchssteuern ebenso erheblich über die Schätzsumme (etwa 2½ Milliarden) hinausgehen wird, wie der Ertrag der Kohlensteuer und der Tabakabgaben viel größer ist, als die Regierung angenommen hatte. Diesen Mehrertrag der Verbrauchssteuern, die ja, soweit sie Wertsteuern sind, mit jedem Preisaufschlag automatisch wachsen, hatte der preussische Finanzminister im Auge, als er im Hauptausschuß geltend machte, der von der großen Mehrheit des Ausschusses dem Bundesrat mit dem Besitzsteuerantrag dargebotene Betrag von 1200 Millionen Mark werde gar nicht nötig sein, um den Fehlbetrag des Reichshaushalts für 1918 zu decken. Auch in der vertraulichen Besprechung der Finanzminister mit den Vertretern des Hauptausschusses am 14. Mai ist versichert worden, daß es der Besteuerung der gewöhnlichen Einkommen und Vermögen nicht bedürfe, um den Etat zu balancieren, der Ertrag der vorgeschlagenen Mehr-Einkommensteuer werde dazu ausreichen.

Auch wenn das Material, das zur Begründung dieser Behauptung in Aussicht gestellt worden ist, Beweiskraft besäße, würde die Stellung der Parteien und auch der Regierung vor den leidenden Volksmassen keine günstigere. Oder kann irgend jemand im Ernst daran glauben, daß die Massenverbrauchssteuern leichter ertragen werden, wenn man die Schwerstbelasteten auf die hohen Erträge derselben hinweist, die eine scharfe Erfassung des Besitzes entbehrlich erscheinen lassen? Je größer der Ertrag der Verbrauchssteuern, desto größer natürlich die Last, die der einzelne Verbraucher zu tragen hat. In

der Zeit der Brotinschränkung ist es für den hungernden Arbeiter, Beamten und Handwerker ein schwacher Trost, daß z. B. die Umsatzsteuer, die ihm das Brot nun verteuert, große Einnahmen bringt. Vielmehr wird der große Ertrag der Verbrauchssteuern dem unter Nahrungsmangel und hohen Preisen leidenden Verbraucher erst recht zum Bewußtsein bringen, wie vortrefflich die Besitzenden es selbst im Kriege verstehen, sich von ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staate drücken.

Aber selbst wenn die Zahlenbeweis der Finanzminister in ihrem Sinne richtig sein sollten, so bleiben sie doch falsch. Das Reichschahamt würde, um die laufenden Ausgaben für das Jahr 1918 in ihrem vollen Betrag aufzubringen, nicht nur den Fehlbetrag des Staatsetats von 2875 Millionen Mark (wovon die sämtlichen neu vorgeschlagenen Steuern in diesem Jahr bestenfalls 1600 Millionen bringen werden) zu decken, sondern darüber hinaus noch etwa 5 Milliarden Mark laufender Einnahmen zu beschaffen haben. Der ordentliche Staatsetat umfaßt bekanntlich nicht den Friedensaufwand für Heer und Marine, der im Jahre 1914 sich auf etwa 1200 Millionen Mark fortdauernde und 600 Millionen Mark einmalige Ausgaben belief. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung darf man heute die fortdauernden Friedensausgaben für Heer und Marine allein auf mindestens 2 Milliarden veranschlagen. Weiter umfaßt der Reichsetat nicht die fortdauernden Ausgaben für die Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -waisen, die heute schon auf etwa 3 Milliarden im Jahr zu schätzen sind. Es ist um so unverantwortlicher, die Deckung dieser dauernden Ausgaben sorglos der Zukunft zu überlassen, weil das Deutsche Reich am Ende des Krieges ohnedies in die ungeheuerlichsten finanziellen Nöte geraten wird: Trotz der großen Anleiherfolge wird das Reich beim Eintritt in den Frieden, also an dem Zeitpunkt, an dem das ausgepumpte Wirtschaftsleben alle Saugpumpen zur Wiederbeschaffung von Bargeld ansehen, an dem große Kriegsanleihschuppen flüssig zu machen versucht werden wird, mit einer schwebenden Schuld von mindestens 50 Milliarden Mark belastet sein. Die Befriedigung seiner kurzfristigen Darlehensgeber wird nicht leicht fallen. Auf diesen Zeitpunkt nun auch noch die Erschließung der Quellen, aus denen künftig die fortdauernden Ausgaben für die Rüstung und für die Kriegsoptionen bestritten werden sollen, zu verjagen, das ist die unsolideste Finanzpolitik, die sich denken läßt.

Da hat die englische Kriegsfinanzpolitik doch ganz anders vorgeföhrt. Die Kriegseinnahmen Englands (und Amerika verfährt ebenso) sind in einem Maße gesteigert worden, daß

nicht nur der gesamte Betrag der fortdauernden Ausgaben restlos gedeckt wird, sondern bis jetzt nach den sehr kritischen Berechnungen Prof. Veions 12,5 Prozent des ganzen Kriegsaufwandes sofort bezahlt werden konnten. Das hat England zustande gebracht nicht in erster Linie durch Mehrbelastung von Verbrauch und Verteher, sondern durch eine rücksichtslose Erfassung des Besitzes. Verglichen mit dem Vorschlag für 1913/14 stellt sich der neue englische Vorschlag für das Friedensjahr 1918/19 wie folgt:

	1913/14		1918/19	
	Millionen Mark	Prozent der Gesamteinnahmen	Millionen Mark	Prozent der Gesamteinnahmen
1. Zölle	708	17,3	1880	11,2
2. Indirekte Abgaben	792	20,6	1064	6,3
1 und 2 zusammen	1500	37,9	2954	17,5
3. Erbschaftsteuer	548	3,8	630	3,8
4. Vermögens- u. Einkommensteuer	944	23,9	5808	34,5
5. Kriegsgewinnsteuer	—	—	6000	35,6
3, 4 und 5 zusammen	1492	27,7	12438	73,9
6. Sonstige Einnahmen	968	34,4	1448	8,6
Insgesamt	3960	100	16840	100

Deutschland nimmt für 3 Jahre zusammen an Kriegsgewinnsteuer 5,7 Milliarden Mark ein, England im Jahre 1918 allein 6 Milliarden. Deutschland hat für unmittelbare Kriegszwecke noch keinen Pfennig Einkommens- und Vermögenssteuer erhoben, England hat seine Einnahme aus dieser Quelle allein um 4864 Millionen erhöht, d. h. vervielfacht. England hat trotz Fortdauer seiner Zolleinnahmen und Erhöhung vieler Zölle (die in Deutschland infolge der Seesperierung ganz verfehlt sind) seine Verbrauchsausgaben nur um 1448 Millionen Mark erhöht, Deutschland wird nach Annahme der neuen Vorlagen jährlich rund 4000 Millionen Mark Verbrauchsausgaben mehr erheben als vor dem Krieg. In England ist der Anteil der Besitzsteuern an der Gesamteinnahme von 37,7 auf 73,9 Prozent gestiegen, der Anteil der Verbrauchssteuern von 37,9 auf 17,5 Prozent gesunken, in Deutschland ist umgekehrt der Anteil der Verbrauchssteuern gestiegen, der der Besitzsteuern gesunken.

In diesen Tatsachen wird der Reichstag nicht achlos vorbegehen dürfen, wenn er über die Anträge auf Erhebung eines neuen Wehrbeitrages und Verschärfung der Erbschaftsteuern zu entscheiden hat.

Zur Ostbahn

Jeden Sonntag
Grosses Konzert

Empfehle den wertigen Vereinen u. Gesellschaften die
Besichtigung von Hoenes Park
Entfernung von der Elektrischen Bahn 2 Minuten
F. Mathesius.

Trauer-

Hüte in reicher Auswahl
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabfolgt:

- Donnerstag, den 17. bis Sonnabend, den 22. Juni:**
 - Auf die Marke 7 der Kartoffelkarte Nr. 29 4 Pfund und auf die Marke 3 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
 - Auf die Marke 1 der neuen Speisefettkarte 62,5 Gramm Fett.
- Freitag, den 18. bis Sonnabend, den 22. Juni:**
 - Auf die Marken 33 und 33 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 33 und 33 K der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mählenerzeugnisse.
 - Auf den Stamm der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 34 und 34 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je eine Suppentafel zum Preise von 10 Pfg.

Die Karten sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mählenerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.
Die von den Händlern bezümmten Marken sind den zuständigen Verteilungstellen unverzüglich einzureichen.
Danzig, den 12. Juni 1918. 203

Der Magistrat.

Elbing

Nährmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 17. bis 23. Juni 1918

Montag: 7 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelkarte für die Woche vom 17. bis 23. Juni 1918).

Dienstag: 1 Pfd. Grützwort (Zusatzkarte für Schwer- und Schwerstarbeiter)

Mittwoch: 1/2 Pfd. Sago (Kinderzusatzkarte)

Donnerstag: 1/2 Pfd. Marmelade (Nährmittelkarte)

Freitag: 1/2 Pfd. Nudeln (Nährmittelkarte)

Sonntag: 1 Päckchen Puddingpulver (Nährmittelkarte)

Freier Verkauf von Knochenbrühwürfeln, Knochenbrühe-Extrakt, Qualitäts-Extrakt und Nährhefe.

Elbing, den 15. Juni 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Grudenz.

Sozialdemokratischer Verein Grudenz.

Samstag d. 22. Juni, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Fahrplatz 3

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gehl über: „Politik und Volksernährung“. 2. Freie Ansprache. 3. Vereinsangelegenheit — Der Mitglieder werden dringend ersucht, vollständig zu erscheinen. 200

— Gäste haben Zutritt — Der Vorsitz. W. Hank.

Der Mieterschutz.

Soeben erschienen:

Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über

— Einigungsämter, Zahlungsfristen, — Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz

von

Arbeitsekretär **Fritz Henck.**

Preis 30 Pf., nach auswärts 40 Pf. gegen Voreinsendung.

Zu beziehen von der

Buchhandlung Volkswacht,
Paradiesgasse 32.

Varieté Wintergarten

Danzig Direkt: Arthur Löwisch Danzig

Ab 18. Juni und folgende Tage das neue grosse

Varieté-Programm!

Neu für Danzig
Telefon 1926

Geraldo und Gerda
Doppel-Fangkünstler

Deta Waldau
Humoristische Soubrette

Zoe
Luffakt

Die Todesfahrt

der Familie Oglos

2 Leonas 2
Elastische Neuheit

G. Neumüller
Bayrischer Komiker

Kitty Traney

in ihrem Melange-Sport-Akt

Maximilian u. Sohn
Akrobatisch-equilibristischer Sportakt

Morgen Sonntag den 16. Juni

2 gr. Vorstellungen **2**

nachmittags

3 Uhr

Kleine Preise



abends

7 Uhr

Gewöhnliche Preise

Vorverkauf unnumerierter Plätze nur im Kaufhaus Gebr. Freymann, beim Portier im Norddeutschen Hof und im Wintergarten



GROß-CIRCUS-Schau

Trotz Riesen-Erfolges
nur noch bis 24. Juni
Danzig, Karrenwall.

In allen Vorstellungen:
Täglich 7 1/2 Uhr,
Mittwoch 3 1/2 und 7 1/2 Uhr,
Sonnabend 3 1/2 und 7 1/2 Uhr,
Sonntag 3 1/2 und 7 1/2 Uhr:

Der wunderbare Spielplan

mit dem
„dressierten Nilpferd Nora“,
den Elefanten, Eisbären, Tigern,
Pferden
und den
hervorragenden Artisten.

Echt
getrockneten
garant.rein. **Schnupftabak** offi-
riert

Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik
Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priefstergasse 5. Fernspr. 2428

Herren-Hüte

moderne neue Formen
:: in Stroh und Filz ::

Knaben-Hüte

jugendliche reizvolle Formen
:: in Stroh und Filz ::

empfehlen in reichster Auswahl zu unseren
bekannt mäßigen Preisen.

Walter & Fleck

Abteilung Herren-Moden

Herren- und Knaben-Mützen
Rucksäcke — Stöcke — Feldartikel

198

Neue und gebrauchte

Fahrräder

federnde Holzverteilung, Lederit,
Spiralen, Ersatzteile für Fahr-
räder.

Feuerzeuge, Taschenmesser,
Eheren, Sprechmaschinen,
Schäbplatten, Taschenlampen,
Batterien.

A. Hein, Breitgasse 113.

Fahrräder,

neue und gebrauchte Damen- und
Herrenräder in großer Auswahl, best.
Friedensware.

Erfahrungsbereitung

Holz, Lack, Spirale und Lederit
ohne polizeiliche Erlaubnis zu fahren.
Benzin 195

Feuerzeuge

und Gasanzünder in großer Aus-
wahl. Versand nach jed. Ort. Ange-
meldebes Kartid kann abgeholt werd.

Gustav Rhms Fahrrad-
Grosshandlung

1. Damm 22-23, Ede Freitgasse,
Telephon Nr. 3478.

Bücherfreunde!

Eine Anzahl Bücher sind käuflich
oder durch Tausch gegen andere
gute Bücher zu haben

Zentralbibliothek

Danzig, 4. Damm 7,
Eing. Hätergasse. 197

Steinfeker

stellt ein
Firma E. Klingbeil

Legetor 10/11.

Moderne illustrierte Zeitschriften:

Der wahre Jakob

15 Pfennig

Jugend

70 Pfennig

Simplicissimus

50 Pfennig

Buchhandlung Volkswacht